



Bad Schwalbach, den 07.02.2018

Niederschrift

Gremium	Kreistag
Sitzungsnummer	11/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 6. Februar 2018
Sitzungsbeginn	15:00 Uhr
Sitzungsende	20:05 Uhr
Ort	Großer Saal des Kurhauses Bad Schwalbach

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Klaus-Peter Willsch MdB	
------------------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

CDU Fraktion

Herr Staatsminister Peter Beuth	
Herr Ali Emamalizadeh	
Herr Günter Heckel	
Herr Alexander Hennrich	
Herr Christian Herfurth	
Herr Jan Kraus	
Herr Staatssekretär Werner Koch	
Frau Andrea Kremer	
Herr Lothar Metternich	
Herr Volker Mosler	
Frau Petra Müller-Klepper Mdl	
Herr Roland Piper	
Herr Joachim Reimann	
Frau Dr. Alexia Schadow	
Herr Udo Scheliga	

Herr André Stolz	
Herr Paul Weimann	
Frau Roubina Wendel	
Herr Thomas Zarda	
Herr Sandro Zehner	

SPD Fraktion

Herr Daniel Bauer	
Frau Helga Becker	
Herr Sebastian Busch	
Herr Maximilian Faust	
Herr Klaus-Peter Güttler	
Herr Matthias Hannes	
Herr Georg A. Mahr	
Frau Wendy Penk	
Frau Tanja Pfenning	
Herr Martin Rabanus MdB	
Herr Harald Schmelzeisen	
Herr Carsten Sinß	
Herr Marius Weiß MdL	
Herr Thomas Wieczorek	

AfD-Fraktion

Herr Martin Bauer	
Herr Ulrich Fachinger	
Herr Matthias Finck	
Herr Viktor Flor	
Herr Klaus Gagel	
Herr Christian Kessner	
Herr Karl Mayer	

Bündnis 90/Die Grünen Fraktion

Frau Miriam Deppe	
Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker	
Herr Walter Lieber	
Herr Günter Linke	
Frau Ingrid Reichbauer	

Frau Annette Reineke-Westphal	
Herr Klaus Stolpp	

FDP Fraktion

Herr Roland Hoffmann	
Frau Anna-Maria Linke-Diefenbach	
Herr Stefan Müller	
Herr Alexander Müller MdB	

FWG Fraktion

Herr Michael Barth	
Herr Hans-Josef Becker	
Herr Karl-Wilhelm Höhn	
Frau Inga Rossow	

Fraktion Die LINKE

Frau Petra Heimer	
Herr Benno Pörtner	

fraktionsloses Mitglied

Herr Christoph Klein	
----------------------	--

Kreisausschuss

Herr Alexander Bernstorff	
Herr Günter F. Döring	
Herr Dr. Herbert Koch	
Frau Monika Merkert	
Herr Dr. Clemens Mödden	
Frau Sabine Muth	
Frau Dorothee Nabrotzky	
Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann	
Herr Karl Ottes	
Herr Hans-Joachim Pirschle	
Herr Günter Retzmann	
Herr Hans Rodius	
Herr Thomas Schnell	
Herr Rainer Scholl	

entschuldigt

Herr Hans-Josef Becker	
Herr Alexander Cornelius	
Herr Dr. Herbert Koch	
Herr Lothar Metternich	
Frau Sabine Muth	
Herr Winfried Steinmacher	

Verwaltung

Herr Ralf Bachmann	
Frau Astrid Deicke-Schäfer	
Herr Franco Matera	
Frau Rebecca Sämann	
Herr Dr. Christoph Zehler	

Schriftführer

Herr Harald Rubel	
-------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

KTV Willsch eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses mit Landrat Kilian an der Spitze, die Presse, die Gäste der Sitzung und die Verwaltung. KTV Willsch stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

KTV Willsch ruft die Niederschrift der Sitzung vom 06.12.2017 zur Genehmigung auf. Die Niederschrift vom 06.12.2017 wird einstimmig genehmigt.

Zur Tagesordnung:

0. Gemäß den Empfehlungen zur Tagesordnung aus den Ausschüssen und während der Beratung der Tagesordnung wird TOP II. 2 in die Tagesordnung III überstellt. Weiterhin wurden in den Ausschüssen die TOP II. 6, II.7 und III. 12 vom jeweiligen Antragsteller für erledigt erklärt. TOP III. 10 wird in die Tagesordnung II überstellt, allerdings in Einzelabstimmung.
1. Die TOP II. 11, III. 3, III. 4, III. 5, III. 6, III. 7, III. 9 und III. 11 werden vertagt.
2. KTV Willsch berichtet zu seinem Antrag an den Kreistag (**Anlage 1 der Niederschrift**) aus den Beratungen des Ältestenrates. Demnach soll die Beratung des Antrages vor der Haushaltsberatung stattfinden. In TOP III. 1.1 soll zunächst die Änderung der Entschädigungssatzung, in TOP III. 1.2 die Änderung in der Fraktionsförderung und TOP III. 1.3 wäre die Bratung des Haushaltes 2018. Die Dringlichkeit wird sodann bei NEIN-Stimmen aus der FWG-Fraktion festgestellt.

3. Abg. Reichbauer (GRÜNE) begründet anschließend den von der GRÜNEN-Fraktion eingereichten Dringlichkeitsantrag (**Anlage 2 der Niederschrift**). KTV Willsch erklärt, dass er den Vorschlag des Antrages bereits aufgegriffen habe und zu einer Bürgerinformationsveranstaltung für den 02.03.2018 um 17.00 Uhr in die Aula der Nikolaus-August-Otto-Schule in Bad Schwalbach einladen werde. Der Antrag wird von der antragstellenden Fraktion sodann für erledigt erklärt.
4. Abg. Reimann (CDU) begründet die Dringlichkeit eines CDU-Antrages zum Thema LKW Durchfahrtsverbot für Wiesbaden (**Anlage 3 der Niederschrift**). Die Dringlichkeit wird einstimmig beschlossen.

Mit den vorgenannten Änderungen wird die Tagesordnung einvernehmlich festgestellt.

TOP I.	DS	Tagesordnung I
TOP I. 1.	DS	Fragestunde

Zur Kleinen Anfrage Nr. 16/17 der LINKEN-Fraktion erklärt Landrat Kilian, dass der Kreisverwaltung keine Daten über die Zahl der Sozialwohnungssuchenden vorliegen. Landrat Kilian sichert allerdings zu, die Städte und Gemeinden im Kreisgebiet individuell abzufragen und das Ergebnis nachzureichen.

Landrat Kilian beantwortet die Kleinen Anfragen Nr. 01/18, 02/18, 04/18 und 05/18. Die schriftlichen Antworten werden der Niederschrift als **Anlagen 4 bis 7** beigelegt.

Die Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 03/18 zum Haushalt 2018 ist bereits der Niederschrift der HFA-Sitzung am 02.02.2018 beigelegt.

TOP I. 2.	DS	Bericht des Landrates
------------------	-----------	------------------------------

Zum Bericht des Landrates liegt erstmalig ein schriftlich ausformulierter Bericht von Landrat Kilian vor (**Anlage 8 der Niederschrift**). Landrat Kilian betont, dass sein ausführlicher Bericht für die Mitglieder des Kreistages mehr Transparenz über die wichtigsten Themen in der Verwaltung schaffen soll. Landrat Kilian ist gerne bereit, über Form und Umfang der Fragestunde und des Berichtes im Ältestenrat nochmals zu beraten.

Beigelegt werden dieser Anlage auf die Bitte der AFD-Fraktion die Stellungnahmen der Verwaltung zu den TOP II. 6 und II. 7 (**Anlage 9 und 10 der Niederschrift**), die nach der EUKA-Beratung durch den Antragsteller für erledigt erklärt wurden.

TOP II. DS Tagesordnung II

KTV Willsch ruft die Tagesordnung II, ohne den überstellten TOP III. 10, zur Abstimmung auf. Die Vorlagen werden einstimmig beschlossen.

TOP II. 1. DS X/499 Verlängerung der Liquiditätshilfe für die Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V. bis 31.12.2018

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss stimmt der Weitergewährung der zuletzt am 31.10.2016 vom KA beschlossenen Liquiditätshilfe des Rheingau-Taunus-Kreises an die Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V. (vhs) in Höhe von 200.000,00 € bis zum 31.12.2018 zu.

Die Mittel werden bei Bedarf aus dem bestehenden Kassenkreditrahmen des Kreises bereitgestellt und von der vhs entsprechend der Inanspruchnahme verzinst.

Die vhs hat den Kreisausschuss durch Quartalsberichte über die Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Situation regelmäßig zu informieren.
2. Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass der Kreisausschuss die Verlängerung der Liquiditätshilfe an die Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V. in Höhe von jetzt 200.000,00 € bis zum 31.12.2018 beschlossen hat.

TOP II. 3. DS X/507 Eisenbahntunnel Rüdesheim

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 4. DS X/508 Kontrolle der Beschlüsse des Kreistages; Fortschreibung der Beschlusskontrolle ab dem 04.10.2016 bis 23.05.2017

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der von der Verwaltung vorgelegte Bericht zur Kontrolle der Beschlüsse des Kreistages wird zur Kenntnis genommen.

TOP II. 5. DS X/509 Beteiligungsbericht 2016

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Beteiligungsbericht 2016 zur Kenntnis.

TOP II. 8. DS X/521 Haushaltsprüfantrag Hallennutzungsgebühren der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.01.2017

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Haushaltsprüfantrag Hallennutzungsgebühren der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.01.2017 wird zur Kenntnis genommen.

TOP II. 9. DS X/531 Haushaltsantrag Leistungsziel zur Energieeinsparung in kreiseigenen Schulen der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.01.2017

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Haushaltsantrag Leistungsziel zur Energieeinsparung in kreiseigenen Schulen der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.01.2017 wird zur Kenntnis genommen.

TOP II. 10. DS X/533 Geplante Schließung des Krankenhauses Bad Schwalbach und der weiteren Krankenhäuser im Kreisgebiet; hier: Berichts Antrag Nr. 03/18 der FWG-Fraktion vom 04.01.2018

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird um die Beantwortung nachfolgender Fragen zu oben genanntem Themenkomplex gebeten:

1. Geplante Maßnahmen und rechtliche und vertragliche Einflussmöglichkeiten des RTK

a) Wie nimmt der Rheingau Taunus Kreis seine rechtlichen und vertraglichen Möglichkeiten wahr, die drei Standorte (Bad Schwalbach, Idstein und Rüdesheim am Rhein) der im Kreisgebiet befindlichen Akut - Krankenhäuser zu erhalten?

Seite 2 des FWG-Berichtsanspruchs vom 04.01.2017 zur Krankenhausversorgung im RTK

b) Welche rechtlichen und vertraglichen Möglichkeiten sieht der RTK zum Erhalt der Klinik in Bad Schwalbach?

c) Wem gehört das Grundstück, auf dem die Helios Klinik Bad Schwalbach liegt? Hat der Rheingau Taunus Kreis hier ggf. ein Vorkaufsrecht?

d) Welche weiteren Maßnahmen sind seit der öffentlichen Diskussion im Dezember 2017 zum Erhalt der Klinik durchgeführt worden?

e) Sind dem Rheingau Taunus Kreis Veränderungen bei den weiteren Krankenhäusern (Idstein und Rüdesheim am Rhein) bekannt? Wenn ja, in welcher Form sind diese geplant?

f) Wie hoch ist aktuell der jährliche Zuschuss des Rheingau Taunus Kreises gemäß § 37 HKG? Inwieweit würde sich dieser Zuschuss durch die Schließung der Klinik in Bad Schwalbach verändern?

2. Sicherstellung der Notfallversorgung im Rheingau Taunus

a) Welche Gründe/Sachverhalte haben dazu geführt, dass eine Notfallversorgung in Bad Schwalbach nicht mehr erforderlich ist?

b) Wir bitten um eine Aufstellung, z. B. in einer Excel Liste, für alle Orte im Untertaunus, wie sich die Hilfsfristen durch eine Schließung des Standortes Bad Schwalbach verändern würden (Angaben in Minuten). Dabei soll die Zeit für die Hilfsfrist gemäß dem Hessischen Rettungsdienstgesetz (HRDG) und der Fahrzeit vom Notfallort zum nächstgelegenen Krankenhaus dokumentiert und addiert werden.

Folgende Parameter:

Ort	Hilfsfrist	Fahrtzeit zum Krankenhaus (alt)	Gesamt (alt)	Fahrtzeit zum Krankenhaus (neu)	Gesamt (neu)	Differenz (alt/neu)
Ambulant						
Adolfseck						
Zorn						

c) Wurden hierbei auch die Besonderheiten in Bad Schwalbach berücksichtigt durch die vorhandenen Rehabilitationskliniken, das Altenpflegeheim und die Flüchtlingsunterkunft? Wenn ja, in welcher Form?

d) Wären bei Schließung des Krankenhauses Bad Schwalbach die Mehrkapazitäten der Notfallversorgung in den umliegenden Krankenhäusern sichergestellt? Wenn ja, mit den gleichen Wartezeiten für die Patienten?

e) Ist dabei auch das Krankenhaus in Nastätten eingebunden? Wenn ja, wie?

f) Welche Fakten/Veränderungen führten zu einer veränderten Bewertung der unabdingbaren Notfallversorgung durch das Krankenhaus Bad Schwalbach gemäß dem Leistungsreport 2015 (Seite 75)?

3. Fragen an die Helios Klinik Bad Schwalbach/Idstein

a) Wie viele Mitarbeiter (direkt und indirekt durch Subunternehmer) sind von der geplanten

Schließung betroffen und wie viele davon können sicher von anderen Helios Kliniken übernommen werden?

b) Wie hoch waren die Jahresergebnisse der Helios Klinik Bad Schwalbach/Idstein jeweils in den Jahren 2015 und 2016 gewesen?

Seite 3 des FWG-Berichtsantrags vom 04.01.2017 zur Krankenhausversorgung im RTK

c) Erhalt der Krankenpflegeschule: Gibt es dazu konkrete Zusagen der Helios Kliniken und wenn ja, bis wann (Laufzeit)?

d) Neue psychosomatische Versorgung in Bad Schwalbach: Sind die geplanten psychosomatischen Betten in Bad Schwalbach als eigenständige Fachklinik angedacht oder handelt es sich dabei um eine Zweigstelle der Versorgung der Helios / HSK Klinik? Ab wann ist dies geplant und wie viele Betten sind dafür vorgesehen?

e) Wie viele Arbeitsplätze werden dadurch geschaffen/erhalten?

f) Welche zusätzlichen Möglichkeiten der Standortsicherung z. B. stationäre Versorgungsangebote (Abteilungen) oder weitere Fusionen wurden für Bad Schwalbach mit den staatlichen Stellen besprochen, um den Standort zu sichern? Mit welchem Ergebnis?

g) Gibt es für den Standort Idstein langfristige Änderungspläne (Erweiterung/Reduzierung/Fusion)? Ergeben sich hierbei Änderungen im Leistungsspektrum auf Grund der Vorgaben von Mindestmengen? Wenn ja, welche?

h) Für welche Aufwendungen würde der Zuschuss gemäß dem Hessischen Krankenhausfinanzierungsgesetz für die Schließung des Standortes Bad Schwalbach konkret verwendet werden?

i) Gibt es im Krankenhaus Bad Schwalbach/Idstein durchgeführte Leistungen, für die die Mindestmengen gemäß SGB V/Gemeinsamer Bundesausschuss (G-BA) nicht erfüllt wurden? Wenn ja, welche?

j) In welcher Höhe hat die Helios Klinik Bad Schwalbach/Idstein staatliche Förderungen auf Grundlage des HKG jeweils in den Jahren 2015 und 2016 erhalten?

KTV Willsch ruft TOP III. 10 auf. Der Antrag wird bei 4 NEIN-Stimmen und JA-Stimmen vom Rest des Hauses in der JUBIS-Fassung mehrheitlich beschlossen.

**TOP III. 10. DS X/488 Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte;
hier: Antrag Nr. 40/17 der SPD-Fraktion vom 07.11.2017**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der KA wird beauftragt, mit dem Vorstand des Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V. und mit dem KEE, der Verbraucherzentrale Hessen und der Klimaschutzagentur Wiesbaden zu erörtern, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang, ggf. in Kooperation mit dem Job-Center, das Beratungsangebot „Stromspar-Check“ für einkommensschwache Haushalte auch im Rheingau-Taunus-Kreis angeboten werden kann.

TOP III.	DS	Tagesordnung III
TOP III. 1.	DS	Beschlussfassung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018

KTV Willsch erläutert ausführlich die Vorgeschichte des Antrages, der in mehreren Sitzungen des Ältestenrates vorbereitet wurde. KTV Willsch dankt der Verwaltung, einzelnen Fraktionen und ihren Mitarbeitern für die vorbereitenden Arbeiten. KTV Willsch stellt nochmals fest, dass gemäß der Beratung im Ältestenrat die Satzungsänderung rückwirkend zum 01.01.2018 in Kraft treten soll, die Änderungen bei der personellen Unterstützung der Kreistagsfraktionen sofort wirksam werden soll.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Barth (FWG), Stolz (CDU) und Rossow (FWG). Die TOP III. 1.1 und III. 1.2 werden jeweils bei

4 NEIN-Stimmen und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

TOP III. 1.1	DS X/554	Entschädigungssatzung; hier: Dringlichkeitsantrag Nr. 04/18 des Kreistagsvorsitzenden Herrn Klaus-Peter Willsch vom 24.01.2018
---------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die dem Antrag beigelegte 13. Änderung der Entschädigungssatzung des Rheingau-Taunus-Kreises.

TOP III. 1.2	DS X/554	Fraktionsfinanzierung; hier: Dringlichkeitsantrag Nr. 04/18 des Kreistagsvorsitzenden Herrn Klaus-Peter Willsch vom 24.01.2018
---------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag hebt seinen Beschluss vom 29.06.2010 zu den Personalkostenzuschüssen für die Fraktionsarbeit auf. Die Zuschüsse werden ab sofort wie folgt verteilt:

2	Abg.:	¼ Stelle
3 – 8	Abg.:	½ Stelle
9 – 13	Abg.:	¾ Stelle
14 – 19	Abg.:	1 Stelle
ab 20	Abg.:	1 ¼ Stellen

Der Kreistag stellt die entsprechenden Haushaltsmittel im jeweiligen Haushalt zur Verfügung.

TOP III. 1.3. DS X/506 Beschlussfassung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018

Zur Beratung und späteren Beschlussfassung liegen folgende Unterlagen und Anträge vor:

- **Änderungsliste gemäß HFA am 02.02.2018** **Anlage 11**
- **SPD-Antrag „Rheinfähre“** **Anlage 12**
- **SPD-Antrag „Vollzeitstelle Sozialplanung“** **Anlage 13**
- **LINKEN-Anträge Nr. 2, 4 und 5 vom 01.02.2018** **Anlage 14**
- **GRÜNEN-Antrag „Masterplan Energie“** **Anlage 15**
- **GRÜNEN-Antrag „Photovoltaikanlagen“** **Anlage 16**
- **GRÜNEN-Antrag „Machbarkeitsstudie Rheinbrücke“** **Anlage 17**
- **GRÜNEN-Antrag „Fair Trade Schulen“** **Anlage 18**
- **GRÜNEN-Antrag „Breitbandversorgung“** **Anlage 19**
- **FDP-Antrag „Stellenplan, Punkt 2“** **Anlage 20**
- **FDP-Antrag „CityBahn“** **Anlage 21**

KTV Willsch stellt eingangs fest, dass Grundlage der Beratungen das Ergebnis aus dem Haupt- und Finanzausschuss vom 02.02.2018 ist, welches in der Änderungsliste (**Anlage 11**) zusammengefasst ist. Die Anträge, die im Verlauf der Beratung zur Abstimmung kommen sind gleichlautend mit den Anträgen aus dem HFA. In der Niederschrift der Kreistagssitzung erhalten sie eine neue Anlagennummerierung.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Reichbauer (GRÜNE) mit Bericht aus dem HFA, Zarda (CDU), Mayer (AFD), Mahr (SPD), Barth (FWG), Müller, St. (FDP), Pörtner (LINKE),

Reimann (CDU), Landrat Kilian und die Abg. Busch (SPD), Reineke-Westphal (GRÜNE) bei einer Zwischenfrage des Abg. Müller, St. (FDP), Hoffmann (FDP), Rossow (FWG) und Klein (fraktionslos).

KTV Willsch ruft die einzelnen durch die Fraktionen erneut aufgerufenen Anträge zur Abstimmung auf. Der SPD-Antrag Rheinfähre (Anlage 12) wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Der SPD-Antrag Vollzeitstelle Sozialplanung (Anlage 13) wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag der LINKEN-Fraktion Nr. 2, Zuschuss Tafeln, (Anlage 14) wird bei

JA-Stimmen aus der LINKEN-Fraktion (2)
Enthaltungen aus der SPD-Fraktion und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag der LINKEN-Fraktion Nr. 4, Schulsozialarbeit, (Anlage 14) wird bei

JA-Stimmen aus der LINKEN-Fraktion (2) und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag der LINKEN-Fraktion Nr. 5, Sozialwohnungen, (Anlage 14) wird bei

JA-Stimmen aus der LINKEN-Fraktion (2)
Enthaltungen aus der SPD-Fraktion und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Der GRÜNEN-Antrag „Masterplan Energie“, (Anlage 15) wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Der GRÜNEN-Antrag „Photovoltaikanlagen“, (Anlage 16) wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von GRÜNEN und LINKEN und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses mit 3 SPD-Stimmen
und Enthaltungen der restlichen SPD-Fraktion
mehrheitlich

abgelehnt.

Der GRÜNEN-Antrag „Machbarkeitsstudie Rheinbrücke“, (Anlage 17) wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von GRÜNEN und LINKEN und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
und Enthaltungen aus der SPD-Fraktion
mehrheitlich

abgelehnt.

Der GRÜNEN-Antrag „Fair Trade Schulen“, (Anlage 18) wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von GRÜNEN und LINKEN und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
und Enthaltungen aus der SPD-Fraktion
mehrheitlich

abgelehnt.

Der GRÜNEN-Antrag „Breitbandversorgung“, (Anlage 19) wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von GRÜNEN und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
und Enthaltungen aus der LINKEN-Fraktion
mehrheitlich

abgelehnt.

Der FDP-Antrag zum Stellenplan, Punkt 2, Anlage 20 wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, AFD, FWG, FDP und 1 Fraktionsloser und
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN
mehrheitlich

beschlossen.

Der FDP-Antrag zur CityBahn, Anlage 21 wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von FWG, FDP und 1 Fraktionsloser und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Vor den Schlussabstimmungen zum Haushalt 2018 unterbricht KTV Willsch auf die Bitte der GRÜNEN-Fraktion die Sitzung von 17.50 Uhr bis 18.00 Uhr.

Auf dieser Grundlage ruft der Kreistagsvorsitzende Willsch sodann den Ergebnishaushalt in der Fassung des Beratungsergebnisses der KT-Sitzung zur Abstimmung auf. Dieser wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, FWG, FDP und 1 Fraktionsloser und
NEIN-Stimmen aus der LINKEN-Fraktion und
Enthaltungen von den Fraktionen von AFD und GRÜNEN
mehrheitlich

beschlossen.

Das Investitionsprogramm wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, 5 GRÜNEN, FWG und 1 Fraktionsloser und
NEIN-Stimmen aus der FDP-Fraktion und
Enthaltungen von den Fraktionen von AFD, LINKEN und 2 GRÜNEN
mehrheitlich

beschlossen.

Der Stellenplan wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, FWG, FDP und 1 Fraktionsloser und
NEIN-Stimmen aus der LINKEN-Fraktion und
Enthaltungen von den Fraktionen von AFD und GRÜNEN und 1 FDP-Stimme
mehrheitlich

beschlossen.

Die Ergebnis- und Finanzplanung wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, FWG, FDP und 1 Fraktionsloser und
NEIN-Stimmen aus der FDP und der LINKEN-Fraktion und
Enthaltungen von den Fraktionen von AFD und GRÜNEN
mehrheitlich

beschlossen.

Das Konsolidierungskonzept wird bei

NEIN-Stimmen aus der LINKEN-Fraktion (2) und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Die Haushaltssatzung wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, FWG und 1 Fraktionsloser
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von FDP und LINKEN und
Enthaltungen der Fraktionen AFD und GRÜNEN
mehrheitlich

beschlossen.

Der Gesamthaushalt wird abschließend bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, FWG und 1 Fraktionsloser
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von AFD, FDP und LINKEN und
Enthaltungen der GRÜNEN-Fraktion
mehrheitlich

beschlossen.

KTV Willsch gibt der Abg. Reineke-Westphal (GRÜNE) die Gelegenheit für eine persönliche Erklärung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

- Der vom Kreisausschuss festgestellte Entwurf der Haushaltssatzung 2018 mit Haushaltsplan wird in der Fassung des Beratungsergebnisses der Kreistagssitzung am 06.02.2018 gem. § 97 Abs. 3 HGO beschlossen.
- Das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2017-2021 wird in der Fassung des Beratungsergebnisses des Kreistages am 06.02.2018 gem. § 101 Abs. 3 HGO beschlossen.
- Das Haushaltssicherungskonzept wird in der Fassung des Beratungsergebnisses des Kreistages am 06.02.2018 gem. § 92 Abs. 5 HGO beschlossen.

TOP III. 2. DS X/525 Erhalt der HELIOS-Klinik in Bad Schwalbach

KTV Willsch berichtet aus den Beratungen des Ältestenrates zum TOP, wonach ausschließlich Landrat Kilian zur Sache sprechen soll. KTV Willsch berichtet weiterhin, dass ihm insgesamt über 1500 Unterschriften zum Erhalt der HELIOS-Klinik übergeben worden sind.

Landrat Kilian berichtet sodann ausführlich von den Beratungen im EUKA und dem HFA, wo in beispielhafter Manier alle Fraktionen an einer gemeinsamen Haltung zum Gegenstand gearbeitet haben. Landrat Kilian trägt sodann die Beschlussempfehlung aus dem HFA Punkt für Punkt vor und bittet um ein einheitliches Votum.

KTV Willsch berichtet nochmals über die von ihm geplante Bürgerinformationsveranstaltung am 02.03.2018 in Bad Schwalbach. An einer kurzen Aussprache beteiligen sich der Abg. Gagel (AFD) und der Abg. Müller, St., der ausdrücklich für alle anderen Fraktionen des Kreistages spricht.

Die Beschlussempfehlung wird sodann einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Erhalt der HELIOS-Klinik in Bad Schwalbach

Der Kreistag

- sieht den Gesundheitsstandort und insbesondere die Grund- und Notfallversorgung in der Kreisstadt Bad Schwalbach und in der Region durch die geplante Schließung der HELIOS-Klinik am Standort Bad Schwalbach und Umgebung massiv gefährdet;
- hält eine wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung in allen Kreisteilen mit Krankenhäusern und entsprechender Grund- und Notfallversorgung als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge für die künftige Kreisentwicklung für unverzichtbar;
- stellt fest, dass die medizinische Grund- und Notfallversorgung im Kreisgebiet gewährleistet bleiben muss und sieht darin eine prioritäre Aufgabe;

- d. fordert die Bundesregierung auf, eine Überarbeitung der Kriterien für die Feststellung der Bedarfsnotwendigkeit von Krankenhausstandorten vorzunehmen bzw. im Gemeinsamen Bundesausschuss zu veranlassen, mit dem Ziel, dass eine adäquate Abbildung der Situation im ländlichen Raum erfolgt und auch jeweils die künftige Entwicklung der Bedarfe berücksichtigt wird;
- e. schließt sich den Resolutionen der Bad Schwalbacher Stadtverordnetenversammlung vom 21. Dezember 2017 und vom 29. Januar 2018 (Anlage 5) voll umfänglich an;
- f. kritisiert mit Nachdruck die von HELIOS geplante Schließung, die späte Information des Landkreises in diese mit dem Land zuvor schon abgestimmte Vorgehensweise und fordert daher HELIOS als Betreiberin der Bad Schwalbacher Klinik auf, die Schließungspläne nicht weiter zu betreiben und ihrem medizinischen Versorgungsauftrag nachzukommen;
- g. beauftragt den Kreisausschuss, die angestoßenen Gespräche mit dem Betreiber HELIOS fortzuführen, mit dem Ziel eine Lösung zu finden, um den Klinikerhalt und den Gesundheitsstandort sicherzustellen;
- h. bittet die Landesregierung eindringlich, alles von ihrer Seite Mögliche zu unternehmen, damit die medizinische Versorgung im Rheingau-Taunus-Kreis mit hoher Qualität weiterhin gewährleistet wird. Hierzu gehören unter anderem das umgehende Einwirken auf das Bundesversicherungsamt zur Zurücknahme der Schließungsförderung aus öffentlichen Mitteln, die schnellstmögliche Überprüfung des dieser Entscheidung zugrundeliegenden Gutachtens der HessenAgentur auf statistische und methodische Mängel und insbesondere die Rücknahme des Förderbescheids zur Umwandlung des Krankenhauses in eine Klinik für Psychosomatik vom 13. Dezember 2017.;
- i. fordert die Landesregierung entschieden auf, ihre Versprechen, den ländlichen Raum bei der Gesundheitsversorgung zu stärken, einzuhalten; dies gilt insbesondere für die Aufstellung und Fortschreibung des Krankenhausplanes. Zudem sollen alle Möglichkeiten von Ausnahmeregelungen bei der Prüfung von Sicherstellungszuschlägen oder anderweitigen Förderungen im Krankenhausrecht des Landes eröffnet werden.
- j. beauftragt den Kreisausschuss, einen unabhängigen Gutachter zur Erarbeitung einer Analyse der gesundheitlichen Versorgungssituation im Rheingau-Taunus-Kreis bis zum Jahr 2030 zu bestellen;
- k. beauftragt den Kreisausschuss, für den Fall der Bestätigung der Gutachteninhalte der HessenAgentur durch den bestellten Experten, alternative Konzepte für den Versorgungsstandort Bad Schwalbach zu erarbeiten. Hierzu gehört insbesondere die konzeptionelle Überarbeitung der dann erforderlichen Mehrbedarfe beim Rettungsdienst und Einrichtung einer Intensivstation am Standort Idstein, alle Möglichkeiten der Rekommunalisierung des Krankenhauses Bad Schwalbach oder in Trägerschaft eines anderen Betreibers ggf. in Verbindung mit kommunalen Zuschüssen;
- l. begrüßt ausdrücklich den Willen der JoHo Rheingau GmbH, das Krankenhaus in

Rüdesheim weiter betreiben zu wollen.

Der Kreistag bittet die Landesregierung, alle erforderlichen Maßnahmen zu prüfen und einzuleiten, um den Fortbestand des Krankenhauses in Rüdesheim, wenigstens mit Grund- und Notfallversorgung, auch bei evtl. negativem Bescheid über den beantragten Sicherstellungszuschlag zu gewährleisten.

Der Kreistag unterstützt das Krankenhaus Rüdesheim bei seinen Bemühungen den beantragten Sicherstellungszuschlag vom Land Hessen oder eine andere Finanzierung zu bekommen.

- m. beauftragt den Kreisausschuss, ein Berichterstattungssystem (Controlling) einzuführen, um die Entwicklung aller Klinikstandorte im Rheingau-Taunus-Kreis regelmäßig zu überprüfen. Die Berichte sind dem Kreistag vorzulegen.

**TOP III. 8. DS X/486 Emissionsfreie Fahrzeuge;
hier: Antrag Nr. 38/17 der SPD-Fraktion vom 07.11.2017**

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mahr (SPD) mit Antragsbegründung, Pörtner (LINKE) mit Begründung des Ergänzungsantrages (**Anlage 22 der Niederschrift**), Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA, Gagel (AFD), Hoffmann (FDP), Reineke-Westphal (GRÜNE), Stolz (CDU), Reichbauer (GRÜNE), Rossow (FWG), Müller, St. (FDP) und Stolpp (GRÜNE).

KTV Willsch lässt zunächst den Ergänzungsantrag abstimmen. Dieser wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von GRÜNEN und LINKEN und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Der gemeinsame Antrag von CDU und SPD wird sodann in der EUKA-Fassung bei

NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Seitens des Rheingau-Taunus-Kreises sowie seitens aller Gesellschaften, an denen der Rheingau-Taunus-Kreis mehrheitlich oder im Sinne des § 123 Abs. 1 HGO wesentlich

beteiligt ist, soll der Einsatz von emissionsfreien und emissionsarmen Fahrzeugen zeitnah verstärkt erfolgen.

Der Kreisausschuss wird gebeten, zuvor zeitnah einen Maßnahmen-, Zeit- und Kostenplan sowie eine umfassende Ökobilanz der Fahrzeuge dem Kreistag vorzulegen

**TOP III. 13 DS X/540 Schließung des KOEPP Werkes in Oestrich-Winkel verhindern;
hier: Antrag Nr. 03/18 der SPD-Fraktion vom 10.01.2018**

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mahr (SPD) mit Antragsbegründung und Übernahme der Ergänzung durch die LINKEN-Fraktion (**Anlage 23 der Niederschrift**), Reichbauer (GRÜNE) mit Bericht aus dem HFA, Flor (AFD), Weimann (CDU), Linke-Diefenbach (FDP) und Rossow (FWG).

KTV Willsch lässt zunächst über den Zusatz der LINKEN-Fraktion abstimmen. Der Zusatz wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN, LINKEN und 1 Fraktionsloser
1 NEIN-Stimme aus der AFD und
Enthaltungen der Fraktionen von AFD, FWG und FDP
mehrheitlich

beschlossen.

Der so ergänzte Antrag wird sodann bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN, LINKEN und 1 Fraktionsloser
1 NEIN-Stimme aus der AFD und
Enthaltungen der Fraktionen von AFD, FWG und FDP
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises nimmt die angekündigte Schließung des KOEPP Werkes in Oestrich-Winkel und den damit drohenden Wegfall von 60 Industriearbeitsplätzen mit Missbilligung und Sorge zur Kenntnis.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, gemeinsam mit dem Magistrat der Stadt Oestrich-Winkel in Gespräche mit der Geschäftsführung mit dem Ziel einzutreten, Lösungen für einen Erhalt des Standorts und der Arbeitsplätze zu finden.

TOP II. 2. DS X/504 B 8 OU Waldems-Esch, Antwort des Herren Staatsminister Al-Wazir auf das Schreiben des KA

An der ausführlichen und kontroversen Aussprache beteiligen sich die Abg. Müller, A. (FDP), Gagel (AFD), Weiß (SPD), KB Pirschle und die Abg. Willsch (CDU), Reineke-Westphal (GRÜNE), Güttler (SPD), Müller, St. (FDP) und Beuth (CDU). Von der Vorlage wird schließlich Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP NEU DS X/556 LKW Durchfahrtsverbot; hier: Dringlichkeitsantrag Nr. 06/18
der CDU-Fraktion vom 31. Januar 2018**

Zum von der CDU-Fraktion eingereichten Dringlichkeitsantrag liegt ein Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion (**Anlage 24 der Niederschrift**) vor. KTV Willsch lässt ohne Debatte über den Antrag und die Ergänzung gemeinsam abstimmen. Der Antrag wird sodann bei

Enthaltung aus der GRÜNEN-Fraktion
einstimmig

beschlossen.

Abg. Stolpp (GRÜNE) erläutert kurz das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei Enthaltungen aus der
GRÜNEN-Fraktion**

Beschluss:

1. Der Kreistag lehnt ein LKW-Durchfahrtsverbot für Wiesbaden, dass zur Konsequenz eine Mehrbelastung an Schwerlastverkehr für die umliegenden Städte und Gemeinden des Rheingau-Taunus-Kreises hat, ab.
2. Der Kreisausschuss wird gebeten, entsprechende Rechtsmittel in Bezug auf ein Durchfahrtsverbot für Wiesbaden und die damit übertragene Mehrbelastung auf andere umliegende Städte und Gemeinde im Rheingau-Taunus-Kreis, unmittelbar zu prüfen.
3. Dem Kreistag ist das Ergebnis der Prüfung vorzulegen.
4. Der Kreisausschuss wird gebeten, umgehend mit dem Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden, mit dem Hessischen Verkehrsministerium und mit dem Hessischen Umweltministerium bezüglich möglicher Alternativen Kontakt aufzunehmen, welche keine Mehrbelastung an Schwerlastverkehr für die umliegenden Städte und Gemeinden des Rheingau-Taunus-Kreises zur Folge haben. Hierbei sind insbesondere Möglichkeiten der Verkehrsanbindung des Untertaunus zu den Bundesautobahnen 3 und 66 zu erörtern, die den Bereich der Kernstadt der Landeshauptstadt Wiesbaden umgehen.
5. Der Kreisausschuss wird gebeten, vor einer Stellungnahme im Rahmen der Anhörungen, in Abstimmung mit den betroffenen Kommunen des Rheingau-Taunus-Kreises, sachverständige Unterstützung bei der Bewertung der Belastungen für Umwelt und Bevölkerung und bei der Suche nach weniger belastenden Alternativen in Anspruch zu nehmen.

**TOP II. 6 DS X/517 Streichung der KWK-Okostrom-Zulage im EEG durch die EU;
hier: Berichtsantrag Nr. 01/18 der AFD-Fraktion vom
30.12.2017, eingegangen am 03.01.2018**

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

**TOP II. 7 DS X/518 Altglasentsorgung im Rheingau-Taunus-Kreis;
hier: Berichtsantrag Nr. 02/18 der AFD-Fraktion vom
30.12.2017, eingegangen am 03.01.2018**

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

**TOP III. 12 DS X/536 Erhalt der Krankenhäuser in Bad Schwalbach und Rüdesheim;
hier: Antrag Nr. 02/18 der LINKEN-Fraktion vom 09.01.2018**

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

**TOP II. 11 DS X/539 Dringlicher Berichtsantrag Nr. 08/17 zur CityBahn der FDP-
Fraktion vom 21.11.2017 in Ergänzung der AFD-Fraktion vom
21.11.2017 und CDU-Fraktion vom 06.12.2017;
hier: Stellungnahme der Verwaltung**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 3. DS X/537 Einstieg in die CityBahn-GmbH

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 4. DS X/405 Bereitstellung zusätzlicher Züge während der Sanierung der Salzachtalbrücke; hier: Antrag Nr. 20/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.08.2017, eingegangen am 07.08.2017

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 5. DS X/412 Erhalt der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung beim Landeswohlfahrtsverband Hessen; hier Nr. 21/17 der Fraktion Die LINKE vom 14.08.2017

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 6 DS X/426 Teilnahme am Kassenkreditentschuldungsprogramm "Hessenkasse" der Hessischen Landesregierung; hier: Antrag Nr. 30/17 der CDU-Fraktion vom 16.08.2017

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

**TOP III. 7 DS X/481 Tourismuskonzept für den Rheingau und den Untertaunus;
hier: Antrag Nr. 35/17 der FDP-Fraktion vom 18.10.2017,
eingegangen am 03.11.2017**

Abstimmungsergebnis: **Vertagt**

**TOP III. 9 DS X/487 Einrichtung eines Jugendparlaments im Rheingau-Taunus-
Kreis;
hier: Antrag Nr. 39/17 der SPD-Fraktion vom 07.11.2017**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

**TOP III. 11 DS X/535 Nichtteilnahme des Rheingau-Taunus-Kreises an der Citybahn
GmbH Mainz/Wiesbaden;
hier: Antrag Nr. 01/18 des fraktionslosen Abgeordneten Klein
vom 07.01.2018, eingegangen am 09.01.2018**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

KTV Willsch dankt abschließend für die konstruktiven Beratungen und schließt die Sitzung um 20.05 Uhr.

Bad Schwalbach, 7. Februar 2018

.....
(Klaus-Peter Willsch)
Kreistagsvorsitzender

.....
(Harald Rubel)
Schriftführer